



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
SEKTION IIII-RECHT

Bearbeiter: Mag. Robert Stein  
Telefon: 01 53126/2051  
Fax: 01 53126/2110

DVR:0000051

GZ: BMI-LR1300/0005-III/6/2007  
Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden;  
Begutachtungsverfahren

Wien, am 30. März 2007

An die  
Parlamentsdirektion  
1017 Wien

Das Bundesministerium für Inneres beeckt sich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden, samt Vorblatt und Erläuterungen in 25-facher Ausfertigung mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln. Der Entwurf ist auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres ([www.bmi.gv.at/begutachtungen/](http://www.bmi.gv.at/begutachtungen/)) abrufbar.

Nachstehende im Begutachtungsverfahren befasste Stellen wurden um Stellungnahme innerhalb von

**drei Wochen nach Zustellung**

ersucht:

die Österreichische Präsidentschaftskanzlei  
den Rechnungshof  
die Volksanwaltschaft  
den Verfassungsgerichtshof  
den Verwaltungsgerichtshof  
die Finanzprokuratur  
alle Bundesministerien  
das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst  
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Heidrun Silhavy  
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka  
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. Christoph Matznetter  
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Christa Kranzl  
das Sekretariat von Frau Staatssekretärin Christine Marek  
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. Hans Winkler  
den Rat für Forschung u. Technologieentwicklung  
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste  
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen  
die Österreichische Post AG, Unternehmenszentrale  
alle Ämter der Landesregierungen  
die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung  
alle Unabhängigen Verwaltungssenate  
die Datenschutzkommission  
den Datenschutzrat  
den Österreichischen Städtebund  
den Österreichischen Gemeindebund  
die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft  
die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte  
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs  
den Österreichischen Landarbeiterkammertag  
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag  
alle Rechtsanwaltskammern  
die Österreichische Notariatskammer  
die Österreichische Patentanwaltskammer  
die Österreichische Ärztekammer  
die Österreichische Dentistenkammer  
die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs  
die Österreichische Apothekerkammer  
die Bundesingenieurkammer  
die Kammer der Wirtschaftstreuhänder  
die Bundeskomitee freie Berufe Österreichs  
die Vereinigung österreichischer Industrieller  
den Österreichischen Gewerkschaftsbund  
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
den Verhandlungsausschuß der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes  
den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger  
die Österreichische Bischofskonferenz  
den Österreichischen Bundestheaterverband  
die Österreichische Hochschülerschaft  
die Österreichische Rektorenkonferenz  
den Verband der Professoren Österreichs  
das Österreichische Normungsinstitut

den Österreichischen Bundesjugendring  
den Verband Österreichischer Zeitungen  
die Bundessportorganisation  
den Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs  
den Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touringclub  
den Verein Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre  
die Vereinigung österreichischer Richter  
die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck  
das Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Wirtschaftsuniversität Wien  
den österreichischen Bundesfeuerwehrverband  
den österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein  
den evangelischen Oberkirchenrat AB und HB Wien  
das Diakonische Werk für Österreich  
den Verband österreichischer Mittel- und Großbetriebe  
Österreichisches Rotes Kreuz, Generalsekretariat  
den Zentralverein der Wiener Lehrerschaft  
die Arge Daten  
Verein für Bewährungshilfe  
das Österreichische Institut für Menschenrechte  
Geschäftsstelle des Menschenrechtsbeirates  
das Rechtskomitee Lambda  
den österreichischen Bundesverband für Psychotherapie  
den Verein der Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern  
die Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg  
die Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol  
das Büro des Bundesseniorenbeirates beim Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen  
die Österreichische Caritaszentrale  
den Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, Regionalbüro in Wien  
Österreichischer Seniorenbund Bundesorganisation  
Österreichischer Seniorenrat  
Volkshilfe Österreich  
SOS Mitmensch  
Amnesty International  
Sicherheitspolitische Angelegenheiten /Sekretariat des Nationalen Sicherheitsrates  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
Berufsverband österreichischen Psychologinnen und Psychologen

Es darf darauf hingewiesen werden, dass ein Nachtrag zu weiteren auf dem Ministerratsvortrag vom 8. März 2007 basierenden Änderungen um den 11. April 2007 übermittelt werden wird.

### Beilagen

Für den Bundesminister:  
VOGL



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
SEKTION III-RECHT

Bearbeiter: Mag. Robert Stein  
Telefon: 01 53126/2051  
Fax: 01 53126/2110

DVR:0000051

GZ: BMI-LR1300/0005-III/6/2007  
Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden;  
Begutachtungsverfahren

Wien, am 30. März 2007

An die/den/das

1. Sektion I
2. Abteilung III/2
3. Abteilung III/3
4. Abteilung III/4
5. Abteilung III/5
6. Abteilung III/6
7. Abteilung III/7
8. Sektion IV
9. Zentralausschuss für die Bediensteten des  
Öffentlichen Sicherheitswesens beim  
Bundesministerium für Inneres
10. Zentralausschuss für die Bediensteten der  
Sicherheitsverwaltung beim Bundesministerium für Inneres

11. Unabhängigen Bundesasylsenat

12. Bundesasylamt

Per E-Mail

Die Abteilung III/6 übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden samt Vorblatt und Erläuterungen. Der Entwurf ist auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres ([www.bmi.gv.at/begutachtungen/](http://www.bmi.gv.at/begutachtungen/)) abrufbar.

Die Abteilung III/6 ersucht um allfällige Stellungnahme innerhalb von

**drei Wochen nach Zustellung**

an die E-Mail-Adresse [bmi-III-6@bmi.gv.at](mailto:bmi-III-6@bmi.gv.at).

Sollte der Abteilung III/6 bis zu diesem Termin keine Stellungnahme zukommen, wird davon ausgegangen, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hierzu – im Wege elektronischer Post an die Adresse [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Abschließend darf darauf hingewiesen werden, dass ein Nachtrag zu weiteren auf dem Ministerratsvortrag vom 8. März 2007 basierenden Änderungen um den 11. April 2007 übermittelt werden wird.

Beilagen

VOGL



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES  
SEKTION III-RECHT

Bearbeiter: Mag. Robert Stein  
Telefon: 01 53126/2051  
Fax: 01 53126/2110

DVR:0000051

GZ: BMI-LR1300/0005-III/6/2007  
Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden;  
Begutachtungsverfahren

Wien, am 30. März 2007

An die  
Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit  
im Hause

Die Abteilung III/6 übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973 und das Europa-Wählerevidenzgesetz (Wahlrechtsänderungsgesetz 2007) geändert werden samt Anlagen, Vorblatt und Erläuterungen. Der Entwurf ist auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres ([www.bmi.gv.at/begutachtungen/](http://www.bmi.gv.at/begutachtungen/)) abrufbar.

Die Abteilung III/6 ersucht um allfällige Stellungnahme innerhalb von

**drei Wochen nach Zustellung**

an die E-Mail-Adresse [bmi-III-6@bmi.gv.at](mailto:bmi-III-6@bmi.gv.at).

Sollte der Abteilung III/6 bis zu diesem Termin keine Stellungnahme zukommen, wird davon ausgegangen, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hierzu – im Wege elektronischer Post an die Adresse [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Abschließend darf darauf hingewiesen werden, dass ein Nachtrag zu weiteren auf dem Ministerratsvortrag vom 8. März 2007 basierenden Änderungen um den 11. April 2007 übermittelt werden wird.

Beilagen

VOGL